

Beschluss

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 20. April 2011

§ 133

Erhöhung des Aktienkapitals der Glarner Kantonalbank von 80 auf maximal 110 Millionen Franken

(Berichte Regierungsrat, 15.3.2011; Kommission Finanzen und Steuern, 5.4.2011)

Eintreten

Thomas Kistler, Niederurnen, Kommissionspräsident, dankt den an der Beratung Beteiligten aus Regierung, Verwaltung, Finanzkontrolle und Kantonalbank (GLKB) die ausgezeichnete Hinweise gaben und den Kommissionsmitgliedern für das Engagement.

Die Erhöhung des Aktienkapitals blieb grundsätzlich unbestritten. Sie entspricht konsequenter Weiterführung der vom Landrat beschlossenen Eignerstrategie: erhöhte Sicherheit, bzw. geringeres Risiko für den Kanton durch die Beteiligung Dritter an der GLKB. Dass dies Kantonalbanken tun sollen, macht es wahrscheinlich für manche akzeptabler. – Möglicherweise wird der Handlungsbedarf wegen des Wegfalls des Kantonalbankenrabattes von 12 Prozent und Basel III rascher steigen als angenommen, weshalb sofort zu befinden ist. Nach der Kapitalerhöhung kämen dem Kanton noch 72 Prozent der Stimmen zu und Dritten, den beteiligten anderen Kantonalbanken, 28 Prozent. – Ein Teil der jetzt frei verfügbaren Aktien gehören gemäss HRM2 zum Finanzvermögen; sie wären ins Verwaltungsvermögen umzubuchen, denn die momentanen 50 Prozent des Aktienkapitals entsprechen nicht denjenigen nach der Erhöhung. Dies wirkte sich auf die Reserven des Kantons aus. – Diskutiert wurde, wer die Aktien verkaufen soll, ob der Kanton als Eigner oder die GLKB, und ob die Differenz zwischen Aktien- und Verkaufspreis der GLKB oder dem Kanton zu Gute kommen soll. Zeichnete wie üblich der Kanton die Aktienkapitalerhöhung zum Nominalwert, könnte er die Aktien den Investoren zum Verkaufswert abgeben, womit er die Differenz (Agio) als Gewinn realisierte. Laut dem nach langer Diskussion erreichten ausdrücklichen Einverständnis der Kommission soll das Agio bei der Bank bleiben. Damit erfüllt die Bank die Eigenmittelanforderungen rascher und das Ziel höherer Sicherheit wird früher erreicht. Würden die 30 Millionen Franken gezeichnet und betrüge der Nennwert 10, der Verkaufswert aber 20 Franken, erhielte die GLKB und nicht der Kanton die weiteren 30 Millionen Franken. Dies wird zwar nicht geschehen, auch weil kaum soviel Aktien gezeichnet werden dürften. Trotzdem bedeutet der Verzicht ein – letztes – Entgegenkommen des Kantons; die GLKB soll keine Kantonshilfe mehr beanspruchen müssen, sondern bald Gewinne abliefern. – Das bewusste Verzicht auf das Bezugsrecht ist im Beschluss zu erwähnen, selbst wenn dies formell keinen Einfluss hat und der Vorlage entspricht.

T. Kistler bittet um Unterstützung des Kommissionsantrages.

Hans-Jörg Marti, Nidfurn, Kommissionsmitglied, beantragt namens der FDP-Landratsfraktion Eintreten, Zustimmung zum Kommissionsantrag und Verzicht auf eine Mindesthöhe der Kapitalerhöhung. – Die Kapitalerhöhung ist ein weiterer logischer Schritt zur Umwandlung der GLKB in eine Aktiengesellschaft. Die Eigenmitteldeckung sehr schnell auf die gesetzlichen Eigenmittel von 165 Prozent zu erhöhen ist Beleg dafür, sich von der Vergangenheit verabschieden und in die Normalität zurückkehren zu wollen. – Das Jahresergebnis der GLKB wird kaum als gut, sondern eher als schlecht oder ungenügend bezeichnet worden sein. Genauerer Hinsehen zeigt jedoch, dass die neue Führung die GLKB dank grosser Anstrengung und harter Arbeit nach den grossen Abschreibern und den daraus resultierenden Verlusten wieder auf einen guten Kurs bringt. Sie wird die Kapitalerhöhung als Vertrauensbeweis verstehen, der ihr Raum für die Konzentration auf die Kern- und Tagesgeschäfte gibt. – Die Beteiligung von Dritten wird die GLKB zum Erfolg verdammen, indem mehr Druck auf Verwaltungsrat und Bankführung entsteht, als ihn der Regierungsrat gäbe, der in der letztvergangenen Ära seine Rolle als Eigner auch nicht immer optimal spielte.

Fridolin Staub, Bilten, Kommissionsmitglied, unterstützt namens der SVP-Landratsfraktion den Kommissionsantrag. – Die Vorlage stellt eine letzte Unterstützung der GLKB dar, die sich damit im Bankenumfeld richtig positionieren kann. – Die Streuung der Aktien unter den Kantonalbanken gibt Sicherheit für die Zukunft. Diese neuen Aktionärinnen kennen das Geschäft und sie werden sich kaum mit schlechten oder mittelmässigen Ergebnissen zufrieden geben, wovon der Kanton profitieren wird. – Gelingt es nicht, potenzielle Investoren von der Aussicht auf Dividenden zu überzeugen, werden die Aktien nicht platziert werden können. – Zustimmung heisst, den Verantwortlichen der GLKB Vertrauen auszusprechen und den Rücken für das weitere Begehen des von ihnen eingeschlagenen richtigen Weges zu stärken.

Marianne Lienhard, Elm, Präsidentin Finanzaufsichtskommission, erklärt, die Kommission sei von der Finanzkontrolle frühzeitig mit Berechnungen zu den Auswirkungen der Kapitalerhöhung auf die Kantonsfinanzen beliefert worden. Auch die Kommission erachtet eine Kapitalerhöhung unter Verzicht des Kantons auf die Ausübung der Bezugsrechte einstimmig als wichtigen Schritt in eine erfolgreiche Zukunft. Der Kanton nimmt damit aber entschädigungslos eine Gewinn- und Kapitalverwässerung hin. Die Aussage von Regierungsrat Rolf Widmer, der Verzicht auf das Bezugsrecht von etwa 10 bis 15 Millionen Franken stelle ein letzter Goodwill gegenüber der GLKB dar, verdeutlicht dies. Der Kanton rüstet also wiederum die GLKB für künftige Erfolge aus. – Nach der Kapitalerhöhung wird der Kantonsanteil noch 72 Prozent betragen. Die vom Kanton gehaltenen frei veräusserbaren Aktien, welche Finanzvermögen darstellen, werden um 1'500'000 Titel und deren Buchwert um 42 Millionen Franken abnehmen. Das Verwaltungsvermögen wird um 30 Millionen Franken zunehmen, was zu einer Wertverminderung der Kantonsbeteiligung in der Bilanz von 12 Millionen Franken führt. Nichts desto trotz kann der Kapitalerhöhung im Sinne hoffentlich guten Gedeihens des Bankgeschäfts zugestimmt werden.

Marco Hodel, Glarus, spricht sich für die CVP-Landratsfraktion zu Gunsten des Kommissionsantrags aus. – Die GLKB braucht die zusätzlichen Mittel, also auch das Agio. Wird ihr dieses nicht überlassen, wird sie noch jahrelang zu kämpfen haben, um das Ziel von 180 Prozent Eigenmittel zu erreichen, und eine Gewinnablieferung wäre noch lange nicht möglich. Auch verfügte die GLKB weitere Jahre nur über einen eingeschränkten Handlungsspielraum bezüglich Wachstum und Entwicklung. Mit dem Verzicht auf das Agio investiert der Kanton nochmals 10 bis 15 Millionen Franken in seine Bank. – Es wollen die Risiken mit den neuen, für die Aktien marktgerechte Preise bezahlenden Aktionären, breiter verteilt werden. Damit sind aber Aufträge zu verbinden: Die GLKB soll schon ab 2011 einen Gewinn abliefern (was den Agio-Verzicht mindestens teilweise ausgleiche) und die Staatsgarantie schrittweise reduzieren, respektive, falls nötig, ganz abschaffen. Geschieht diesbezüglich bis 2014 nichts, behält sich die Fraktion einen Vorstoss vor. – Die Aktienkapitalerhöhung gibt der GLKB die im Markt nötige finanzielle Struktur. Das Gedeihen liegt danach im Handeln des Verwal-

tungsrates, der Mitarbeitenden und der Kunden. – Der Bank ist, auch im Interesse des Kantons, viel Erfolg zu wünschen.

Peter Rothlin, Oberurnen, erinnert an die Dotationskapitalerhöhung von 55 auf 80 Millionen Franken im Jahr 2008. Auch damals waren der GLKB eigentlich 50 Millionen Franken gegeben worden. Mit den nun 30 plus 30 Millionen werden es seit 2008 110 Millionen Franken sein. Immerhin werden nun die Risiken verteilt; die ersten 50 Millionen Franken kamen vom Kanton, und nun sollen die anderen Kantonalbanken 60 Millionen Franken beisteuern. Damals sagte Regierungsrat Rolf Widmer, er wolle die 25 Millionen Franken wieder zurück, was in den kommenden Jahren kaum geschehen wird. Es ist jedoch zu hoffen, dass diese, plus der heutige Verzicht auf das Agio, von der GLKB zurückkommen; eine Erwartung, die Verwaltungsratspräsident Martin Leutenegger aufzunehmen habe.

Martin Leutenegger dankt für das Vertrauen, das der Rat der GLKB entgegenbringt; es ist dies nach den turbulenten Jahren nötig, in denen viel an Vertrauen verloren ging, was nun in der täglichen Arbeit zurückzugewinnen ist. – Die Kapitalerhöhung dient dem Umsetzen der Eignerstrategie durch Ausstattung mit genügend Eigenmitteln (165 bis 180%). Per Ende 2010 betragen sie 152 Prozent, was gemäss Vorgabe der Finma knapp genügt, und was die Dotationskapitalerhöhung von 2008 ermöglichte. Damals konnten, da die GLKB noch eine öffentlich-rechtliche Anstalt war, die Mittel nicht von Dritten beigebracht werden, ausser mit nachrangigen, teuren Darlehen. Zudem musste es sehr schnell gehen. Es handelte sich um nominell 25 Millionen Franken, und es darf nun keineswegs von 50 Millionen Franken gesprochen werden. – Eine Zeitvorgabe zu fordern, ist für das Erreichen der 165 Prozent an Eigenmitteln hemmend. – Der Reingewinn von 11 Millionen Franken muss in der Bank behalten werden, und trotzdem erhöht sich der Eigenmitteldeckungsgrad nicht. Sind die benötigten Eigenmittel erreicht, kann sich die GLKB im Rahmen der volkswirtschaftlichen Entwicklung entfalten. In den letzten Jahren hatte sie sich vor allem um die Risikoreduktion zu kümmern. Das Kreditportefeuille befindet sich nun im Benchmark der Kantonalbanken dank grossen Anstrengungen der Geschäftsleitung nicht mehr am Schluss sondern im Mittelfeld. Normalität ist in den Organfragen und in den Recoverypositionen, in denen aber noch einiges gerettet werden will, noch lange nicht erreicht. – Der regierungsrätliche Bericht könnte den Eindruck erwecken, die Kapitalerhöhung werde nur umgesetzt, wenn mindestens 20 Millionen Franken nominell gezeichnet werden. Das ist zwar Ziel, doch deuten Gespräche mit den anderen Kantonalbanken auf Schwierigkeiten hin, weil die GLKB kein Sanierungsfall mehr sei (eigentlich ein Kompliment), was das Zeichnen von Aktienkapital aus Solidarität verhindere, und es nur strategische Bedeutung oder finanzielle Erfolgsaussichten zu begründen vermöge. – Das hochgesteckte Ziel, der hohe vorgegebene Preis und der die Kantonsinteressen stark gewichtende Aktionärsbindungsvertrag erfordern nun das Finden eines Mittelmasses, um die Kapitalerhöhung erfolgreich umzusetzen. Sollten nur 16 oder 18 Millionen Franken nominell erhältlich sein, wäre die Aktienkapitalerhöhung trotzdem durchzuführen. – Das Verzichten auf das Bezugsrecht ist auch für den Kanton richtig, da er über seinen Anteil von 72 Prozent am in die GLKB fliessenden Agio und der damit verbundenen Substanz partizipiert; dieses Geld ist für ihn nicht verloren. – M. Leutenegger ersucht um Zustimmung zum Kommissionsantrag.

Regierungsrätin *Christine Bickel* dankt als Stellvertreterin von Regierungsrat Rolf Widmer der Kommission, insbesondere ihrem Präsidenten, für die Arbeit. – Für die Regierung ist das Minimieren des Risikos wichtig, welches sich aus dem hundertprozentigen Besitz der Bank ergibt. Schnelles Handeln ist angesichts der neuen Vorgaben wichtig, um die Eigenkapitalerhöhung noch vor den anderen umsetzen zu können. – Die von der Bank vorgeschlagenen mehreren kleineren Beteiligungen erlauben neuen Beteiligten Anonymität. – Der Verzicht auf das Agio und das Bezugsrecht bedeutet ein weiteres grosses Zeichen des Vertrauens in die GLKB und in das Gelingen der Kapitalerhöhung. – Der Regierungsrat ist mit der Ergänzung der Kommission einverstanden und ersucht um Zustimmung zum Antrag.

Thomas Kistler nimmt die Bemerkung auf, der Kanton habe 110 Millionen Franken gegeben. Der Kanton gab 2008 25 Millionen Franken Dotationskapital, mehr aber gab er nicht; er hat lediglich verzichtet: in den vergangenen Jahren auf die Gewinnablieferungen von etwa 20 Millionen Franken und jetzt ausdrücklich auf das Bezugsrecht und auf künftige Gewinnanteile. – An die GLKB sind nicht 110 Millionen Franken geflossen.

This Jenny, Netstal, entgegnet, die GLKB habe schon zuvor über ein Dotationskapital verfügt, zu dem die 25 Millionen Franken hinzukamen. Dies ist aber nicht so wichtig. Wichtig ist, der GLKB nun Hand zu Gunsten ihres Vorwärtskommens zu bieten, wozu das in den letzten beiden Jahren Gezeigte anregt: Die Kunden werden wieder kritisch beurteilt und gut betreut. – Die von der CVP geäußerte Erwartung auf Gewinnbeteiligung ist eine Selbstverständlichkeit, hingegen einfacher geäußert als erreicht. Gelingt dies einem Unternehmen während längerer Zeit nicht, ist es überflüssig. Es gibt jedoch Schwierigeres zu führen als eine Bank. – Die GLKB zu unterstützen ist richtig, denn ihre Existenz ist berechtigt. Erst wenn sie die Chance in den kommenden zwei, drei Jahren nicht packt, ist über die Bücher zu gehen; es kann ihr nicht dauernd Geld nachgeschossen werden. – Irritierend ist das geringe Interesse der anderen Kantonalbanken an der Kapitalerhöhung, bedeutete es doch kein gewaltiges Investment. Dem Bankpräsident wird die Überzeugungsarbeit gelingen, auch weil die GLKB das Vertrauen der Unternehmer genießt. – Die Forderung nach Rückzahlung des Dotationskapitals ist ebenfalls zu relativieren. Wird es z.B. mit 10 Prozent verzinst, ist sie keineswegs zu erfüllen; das Minimum dafür liegt bei 5 Prozent. – Es ist der GLKB Vertrauen zu schenken und optimistisch in die Zukunft zu schauen.

Fredo Landolt, Näfels, Kommissionsmitglied, präzisiert, die CVP habe keine Rückzahlung des Kapitals sondern Nachdenken über die Staatsgarantie und dazu bis 2015 eine Antwort verlangt, gilt doch dieser zusätzliche Risikofaktor in vielen Ländern nicht mehr. Sie meint klar, der GLKB sei die erforderliche Unterstützung und damit der notwendige Freiraum für ihr Bewegen im Markt zu geben. Sie forderte auch keine Rendite von 5 Prozent, sondern eine Gewinnablieferung ähnlich derjenigen anderer Kantonalbanken, wie dies die GLKB gemäss ihren Aussagen ebenfalls erwartet. Gelingt ihr dies nicht, muss es zum Thema werden.

Martin Leutenegger verweist auf die Verordnung vom 5. Oktober 2010 über die Entschädigung der Staatsgarantie für die Kantonalbank. Ab laufendem Jahr wird die GLKB etwa minimal das Dreifache und maximal das Sechsfache der bisherigen Versicherungsprämie bezahlen, was eine adäquate Abgeltung darstellt. Der Verzicht auf die Staatsgarantie ist mittel- bis langfristiges Ziel der GLKB, doch kann dafür keine Jahreszahl genannt werden. Diesbezüglich politischen Druck aufzubauen, wäre das Falscheste, weil damit das äusserst wichtige Vertrauen geschmälert würde. Der GLKB ist dafür Zeit zu geben. Verwaltungsrat, Geschäftsleitung und Mitarbeitende arbeiten daran, wie der Bankpräsident versichert. Er ist dankbar, wenn auch die CVP das Thema politisch ruhen lässt und nicht auf die Traktandenliste setzt. – Im Gegensatz zur UBS gilt die GLKB die Staatsgarantie nun alljährlich mit einem rechten Betrag ab.

Abstimmung: Der Vorlage ist gemäss Antrag der Kommission – ausdrücklicher Verzicht auf das Bezugsrecht – angenommen.